



Von wegen 4,4%

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen!

Auch wenn Politiker aller etablierten Parteien etwas anderes behaupten: Der Tarifabschluss ist ein Abschluss auf Kosten der Beschäftigten. Während die Reichen allein durch die Zinsabschlagssteuer noch einmal 4,5 Milliarden von der rot-grünen Bundesregierung geschenkt bekommen, war im öffentlichen Dienst angeblich mehr als eine Erhöhung in der Summe von 1,9 Milliarden in diesem Jahr nicht drin. Das heißt für jedeN einzelneN KollegIn: Lohnverzicht zugunsten von Gloria von Thurn und Taxis. Arbeitszeitverlängerung statt notwendiger Arbeitszeitverkürzung. Das ist das Ergebnis des Tarifabschlusses.

➔ Ergebnis deutlich unter 2%...

Von ver.di wurden „deutlich über 3%“ und eine Laufzeit von 12 Monaten gefordert. Abgeschlossen wurde eine Laufzeit von 27 Monaten. Fasst man/frau die Einmalzahlungen für Nov./Dez. 2002 mit der 2,4% Erhöhung in 2003 und den zwei 1%-Erhöhungen im Januar und Mai 2004 zusammen ergibt sich über die gesamte Laufzeit gerechnet eine Erhöhung von 3,4%. Das entspricht einer jährlichen Erhöhung von 1,5%. Der Wegfall des AZV-Tages mindert diese jährliche Erhöhung um 0,4%. Das Einfrieren des Weihnachtsgelds und die Kürzungen beim Altersaufstieg nehmen uns nochmal ein paar Zehntel weg. Die Angleichung Ost erfolgt nicht wie von ver.di gefordert bis 2007, sondern erst in 2008 bzw. 2009. Konkret wurden aber nur die ersten Angleichungsstufen vereinbart: ab 1.1.2003 91% und ab 1.1.2004 92,5%. Diese Angleichungen müssen die Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland ebenfalls z.T. selbst finanzieren: durch eine Eigenbeteiligung bei der Zusatzversorgung von 0,5% 2003 und 0,5% 2004. Diese Eigenbeteiligung kann bis auf 2% steigen.

➔ ... und auch noch selbst finanziert

Der Tarifabschluss ist ein Taschenspielertrick. Denn was uns mit der einen Hand gegeben wird, wird uns mit der anderen wieder weggenommen. Verschiedene Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass nach Abzug der Kompensationsopfer (AZV-Tag, Weihnachtsgeld, Altersstufe) nur noch 0,7% bis 1% Erhöhung übrig bleiben. Und die wird sofort aufgefressen durch die ab Januar steigenden Renten- und Krankenkassenbeiträge sowie Preiserhöhungen beim Benzin, Strom, Fahrpreisen... Real zahlen wir also wieder einmal drauf. Der Wegfall des letzten noch verbliebenen AZV-Tages ist in Zeiten von steigender Massenarbeitslosigkeit und notwendiger Arbeitszeitverkürzung ein politischer Skandal. Ab Dez. 2003 können die Löhne und Gehälter erst am Ende statt Mitte des Monats ausbezahlt werden. Das heißt wir sollen dem Staat jeden Monat einen kostenlosen Kredit geben.

➔ Zerschlagung des BAT geplant

Im Tarifabschluss wurde vereinbart, dass ver.di mit den Arbeitgebern bis Januar 2005 Vereinbarungen abschließt über die „Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst“. Für Krankenhäuser, Verwaltungen, Sparkassen und Entsorgungsbetriebe und Flughäfen soll es tarifliche Sonderregelungen geben. Im Klartext heißt das, ver.di ist bereit, über den Wegfall von Sozial- und Überstundenzuschläge, Urlaubsgeld, weitere Arbeitszeitflexibilisierung und andere Arbeitgeberwünsche zu verhandeln. Er kämpfte Standards im BAT/BMT-G/MTArb/ etc. sollen durch „Leistungslohn“, sprich Willkürlohn, ersetzt werden. Hier geht es nicht nur um ein paar Prozente, sondern hier geht es um das Eingemachte. Anstatt Privatisierung zu bekämpfen, soll der öffentliche Dienst dem Wettbewerb ausgesetzt, der Konkurrenz und der Profitlogik unterworfen werden. Er kämpfte Rechte und Standards werden zugunsten miserabler Bedingungen in privatisierten Bereichen geopfert. Mit den geplanten tariflichen Sonderregelungen kommt es zur Spaltung des öffentlichen Dienstes und damit auch zur massiven Einschränkung der Kampfkraft. Damit wir nicht auf die Idee kommen uns dagegen zu wehren, finden diese Verhandlungen während der Friedenspflicht statt. Solche Verhandlungen widersprechen grundsätzlich der bisher in ver.di geführten Diskussion. Ein Vorstoß der ver.di-Führung im letzten Jahr (100-Punkte-Papier) musste auf Druck der Basis zurückgezogen werden. Die geplanten Verhandlungen müssen durch Widerstand von unten gestoppt werden.

➔ Wulff Matthies, Herbert Mai, Frank Bsirske – wo ist der Unterschied?

Dieser erste Tarifabschluss im öffentlichen Dienst seit es ver.di gibt, steht voll und ganz in der miesen Tradition der Tarifrunden der ÖTV seit 1992. Wieder wurden die Mitglieder von Anfang an verarscht. Das alte Schlichtungsabkommen wurde gekündigt, weil es aufgrund mehrerer Anträge beim

ÖTV-Kongress 2000 so beschlossen wurde. Aber was macht die ver.di-Führung? Kurz vor der Tarifrunde 2002 hat sie gegen den Willen der Basis ein neues Schlichtungsabkommen vereinbart. Die Formel „3 plus x“ diente nicht dazu, „Rituale“, sondern die Forderungen aus den Bezirken von 6 bis 6,5% zu brechen. Die Provokationen der Arbeitgeber wurden dadurch regelrecht herausgefordert. Bsirskes vorübergehenden markigen Sprüche gegen Lohnverzicht zugunsten von Steuergeschenken für die Reichen, waren nur dazu gedacht, Dampf abzulassen und der Basis vorzugaukeln, die Führung meine es diesmal ernst. Hinter den Kulissen wurde gleichzeitig ein erneuter Ausverkauf betrieben. Allein die Tatsache, dass ein Abschluss gemacht wurde, der Berlin isoliert hängen lässt, wird von den Beschäftigten in Berlin, aber auch bundesweit, teuer bezahlt werden: Die Tariffucht weiterer Länder und Kommunen wird damit regelrecht provoziert.

➔ **Mit Streik hätten wir was erreicht**

Ein bundesweiter Vollstreik im öffentlichen Dienst wäre richtig und notwendig gewesen. Die Kampfbereitschaft dafür war vorhanden. Das haben die Warnstreiks im Dezember gezeigt. Die von ver.di aufgestellten Tarifforderungen hätten mit Streik durchgesetzt werden können. Der Schröder-Regierung, den Landesregierungen und Kommunen hätte deutlich gemacht werden können, dass wir Lohnverzicht zugunsten von Steuergeschenken für die Reichen nicht länger dulden. Das Ohnmachtsgefühl in den Reihen der Gewerkschaften wäre überwunden worden. Die Kollegen hätten Selbstvertrauen und Vertrauen in die gewerkschaftliche Kampfkraft geschöpft. Ein Streik im öffentlichen Dienst hätte ein gewerkschaftliche Offensive einleiten können gegen Lohnraub, Umverteilung von unten nach oben, Privatisierung, Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau. Wir hätten damit endlich Anschluss finden können an die Streikbewegungen in europäischen Nachbarländer.

➔ **Die Tarifrunde geht weiter!**

Das unterscheidet den diesjährigen Tarifabschluss von den Abschlüssen in den letzten Jahren: In Berlin und bei den BeamtInnen stehen weitere Auseinandersetzungen bevor. Durch Stellenabbau wollen die Arbeitgeber die Abschlüsse in vielen Bereichen sogar noch überkompensieren.

Wir fordern deshalb:

- Berlinweiter Streik und bundesweite Solidaritätstreiks: Kein Abschluss unterhalb des bundesweiten Flächentarifvertrages.
- Rücknahme der Angriffe auf BeamtInnen. Einbeziehung der BeamtInnen in die Streiks.
- Sofortige ersatzlose Kündigung des Schlichtungsabkommens.
- Aufstellung einer Nachschlagsforderung.
- Einleitung bundesweiter Kampfmaßnahmen gegen die von Arbeitgebern angedrohten Reaktionen wie Stellenabbau, Tariffucht, Ausgründungen, Privatisierungen. Schluß mit der Budgetierung in Krankenhäusern und allen andern Bereichen.
- Verteidigung des BAT/BMT-G/MTArb in allen Bereichen als Mindeststandard. Kampf gegen alle Sparten-, Haus- und Branchentarifverträge.
- ver.di-weiter und gewerkschaftsübergreifender entschlossener Kampf - bis hin zum Generalstreik - gegen die geplanten Verschlechterungen im Rentensystem, Gesundheitswesen und jede weitere Umverteilung von unten nach oben. Sowie gegen einen Krieg im Irak.

➔ **Wir fordern Konsequenzen**

Die selbstzerstörerische Politik der Gewerkschaftsführung muss gestoppt werden. Konsequenzen aus der Tarifrunde müssen unter anderem sein:

- Breite innergewerkschaftliche Bilanzdiskussion zur Tarifrunde 2002/ 03. Durchführung von Funktionärskonferenzen in allen Bezirken mit Wahl von Delegierten für eine bundesweite Tarifkonferenz.
- Wahl der Tarifkommissionsmitglieder unmittelbar vor der Tarifrund in den Bezirken auf der Grundlage der dort beschlossenen Forderungen. Jederzeitige Rechenschaftspflicht, Wähl- und Abwählbarkeit bei Bezirksdelegiertenversammlungen.
- Kein Abschluß ohne Diskussion in den Bezirken mit den Mitgliedern der Tarifkommission. Kein Abschluß ohne Urabstimmung.

➔ **Innergewerkschaftliche Opposition aufbauen**

Die heutige Gewerkschaftsspitze ist völlig abgehoben von der Basis. Die Spitzenfunktionäre haben ihre eigene Karriere im Kopf und stehen den Arbeitgebern näher als uns. Deshalb wollen wir, Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits 1996 in der ÖTV zu einer innergewerkschaftlichen Opposition zusammengeschlossen haben, eine starke politische und personelle Alternative zur gegenwärtigen Führung aufbauen, Druck auf die ver.di-Führung machen und selbst Initiativen zur Gegenwehr ergreifen. Austreten ist der falsche Weg. Wir müssen auftreten gegen die Co-Manager unter den ver.di-Funktionären und die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen machen. Denn starke Gewerkschaften sind dringender denn je nötig. Deshalb müssen wir die Blockade und Sabotage der Führung von unten beenden und die vorhandene Kampfkraft endlich zum Einsatz bringen. Wir brauchen Gewerkschaftsfunktionäre, die die demokratischen Entscheidungen der Basis vertreten und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn. Wir fordern alle KollegInnen auf, mit uns für eine solche Veränderung in ver.di zu kämpfen.

➔ **Weitere Materialien des Netzwerks zur Tarifrunde:**

- Offener Brief an die Mitglieder der Bundestarifkommission vom 18.10.92
- Tarifinfo 1/2002: Jetzt reicht's –ver.di in die Offensive gegen Lohnraub
- Resolution "Kein Tarifabschluss auf der Grundlage des Schlichterspruchs – Urabstimmung und Streik"
- Gegen die "Modernisierung des BAT/BMT-G/MTArb – Weg mit den 100 Punkten"
- Nein zur Lohnabsenkung durch Spartentarifverträge

Alle Materialien (und weitere Beiträge zur Tarifrunde) können gedruckt bei unten genannten KollegInnen angefordert oder von unserer Homepage oder der Homepage des LabourNet heruntergeladen werden:

www.netzwerk-verdi.de oder www.labournet.de

➔ **Infos und Kontakt:**

Angela Münch Tel.: (0221) 690 97 23 angelamuench@gmx.de

Alois Skrbina Tel.: (0201) 27 99 210 AloisSkrbina@aol.com

Dieter Janßen Tel. 0172 99 88 405

und netzwerk-verdi@gmx.de und per Fax: (040) 41487009

und im Internet unter: www.netzwerk-verdi.de

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische

